

praktisch kaum etwas ausrichten. Ein Ausweg wäre ein neues Gesetz zur Verankerung dieses Rechtes, um den Entscheid des Obersten Gerichts zu ersetzen. Doch dieses Vorhaben ist umgehend am Widerstand des demokratischen Senators Joe Manchin aus West-Virginia gescheitert, der ehrgeizigen Reformplänen aus Rücksicht auf seine ländlich-konservativen Wähler immer wieder einen Strich durch die Rechnung macht.

Eine wirksame Gegenreaktion der Demokraten ist vorderhand also nicht zu erwarten. Den verschiedenen Blöcken der Partei fehlt eine gemeinsame Linie – das rächt sich nun. Dabei könnte die freie Familienplanung durchaus eine Klammer zwischen ärmeren Afroamerikanerinnen und weissen Wählerinnen aus der Mittelklasse bilden. Schwarze lassen zahlreiche der jährlichen Schwangerschaftsabbrüche in den USA vollziehen. Liberale Weisse betrachten das Ende von «Roe» als mittelalterliche Attacke auf die Errungenschaften der Frauenrechtlerinnen. Eine erfolgreiche demokratische Gegenoffensive ist laut dem prominenten Analysten Nate Silver erst «auf fünf, zehn oder zwanzig Jahre hinaus» zu erwarten. Die New Yorker Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez betrachtet die Wiedergewinnung des Abtreibungsrechts gar als «Lebensaufgabe». Die linke Demokratin wird kurz vor den Novemberwahlen 33.

Abtreibung in Zahlen

Professionalisierung senkte die Todesrate

Das amerikanische Guttmacher Institute hat über Jahrzehnte Daten zu Abtreibungen in den USA gesammelt und errechnet, dass knapp ein Viertel aller Amerikanerinnen bis zu ihrem 45. Lebensjahr einen Abort vornahmen. Die Zahl der Abtreibungen 2020 – der letzten Erhebung – lag mit 930 000 deutlich unter dem Stand von über einer Million im Jahr 1991, der bisher höchsten Zahl. Seit der Legalisierung von Abtreibungen im Jahre 1973 sind in den USA 63 Millionen Abtreibungen vorgenommen worden.

54 Prozent der Patientinnen bekennen sich zum Christentum, 50 Prozent sind weiss und ganze 47 Prozent geben an, die Abtreibungsgegner zu unterstützen. In Gliedstaaten mit einer Anti-Abtreibungspolitik liegt die Zahl der unerwünschten Schwangerschaften nur wenig unter jener der liberalen Staaten. Doch während dort 45 Prozent der Frauen abtreiben, sind es in den republikanischen Staaten nur 23 Prozent. Gesunken ist die Todesrate. Zwischen 2013 und 2018 lag sie bei 0,4 Todesfällen pro 100 000 legaler Abtreibungen, zwischen 1973 und 1979 waren es noch 2,1 Todesfälle. *Andrea Jeska*

Gerechtigkeit für den Supreme Court



ERNST/CHAPPEL / CNP / POLAREX / LAIF

Das Verfassungsgericht der USA steht nun im Kreuzfeuer der Kritik. Zu Unrecht. Den Kulturkampf müssen Politik und Wähler entscheiden.
Claudia Franziska Brühwiler

Bei den Anhörungen im Supreme Court, der zur Aufhebung von «Roe v. Wade» führte, gab es einen Moment, der aufhorchen liess. Die Richterin Amy Coney Barrett, gläubige Katholikin und siebenfache Mutter, bohrte nach, inwiefern Abtreibungen notwendig seien, wenn Frauen vielerorts ihr Neugeborenes straffrei und anonym abgeben könnten. Ihre Richterkollegin Sonia Sotomayor dagegen, einst von Barack Obama nominiert, teilte das Unbehagen progressiver Beobachter angesichts der Befragungen. Würde der Supreme Court den Gestank überleben, so Sotomayor, der sich in der öffentlichen Wahrnehmung über das höchste Gericht legen würde, wenn die Verfassung und deren Auslegung zu einem rein politischen Akt verkäme?

Nein, würde er nicht, urteilten zahlreiche Medien, Politiker und Aktivisten in den USA, als im Mai

der Urteilsentwurf an die Öffentlichkeit gelangte. Nun, da «Roe v. Wade», das Leiturteil zur Abtreibung von 1973, aufgehoben ist, erschallt das Nein noch lauter. Das Oberste Gericht habe sich selbst den grössten Schaden zugeführt, heisst es allenthalben.

Konservative Kreise bejubeln das Urteil indes und loben die Standhaftigkeit «ihrer» Richter. Es wird – fast stereotypisch amerikanisch – in Extremen gedacht: Die einen fürchten das Ende der unabhängigen Justiz, die anderen sehen im Gericht die mächtigste Waffe im Kampf für ein gottgefälliges Amerika. Nüchtern betrachtet, nimmt sich der vermeintliche Prestige- und Vertrauensverlust des Gerichts aber anders aus:

Erstens, der Supreme Court war immer schon ein Politikum. «Die Judikative leitet ihre Legitimität nicht von der öffentlichen Meinung ab», schreibt die konservative Mehrheit der Richter in ihrer Urteilsbegründung zu «Dobbs v. Jackson Health Organization», dem Verfahren aus dem Gliedstaat Mississippi, das Anlass war zur Aufhebung von «Roe v. Wade». Was nun von linken Kritikern als heuchlerisch abgetan wird, ist ein Faktum: Der Supreme Court hat unter ande-

rem über die Verfassungsmässigkeit und Bundesrechtskonformität von Gerichtsurteilen und Gesetzen zu urteilen – und nicht über deren gesellschaftliche Erwünschtheit.

Allerdings verfolgen die Richter unterschiedliche Grundsätze bei der Verfassungsauslegung, die auch Ausdruck politischer Gesinnung sind. Doch selbst in höchst politischen Fragen stimmen die Richterinnen und Richter nicht immer nach ihrer Gesinnung ab. So schrieb der konservative, von George W. Bush ernannte Chief Justice John Roberts das Urteil, mit dem der Supreme Court die Gesundheitsreform von Präsident Obama für gültig erklärte. Roberts differenzierte nun auch in «Dobbs»: Er stimmte zwar mit der Mehrheit dafür, dass Mississippi Abtreibungen nach der 15. Schwangerschaftswoche verbieten dürfe, wollte aber «Roe» aus letztlich politischen Gründen nicht umstossen.

In der jetzigen Debatte unterstellen die Demokraten der Gegenseite, sie allein sei verantwortlich für die Politisierung des Supreme Courts. In der Politik gibt es jedoch keine Heiligen. So war es einst der demokratische Präsident Franklin D. Roosevelt,

Richter und Richterinnen des Supreme Court: (sitzend v. l.) Samuel Alito, Clarence Thomas, Chief Justice John Roberts, Stephen Breyer, Sonia Sotomayor, (stehend v. l.) Brett Kavanaugh, Elena Kagan, Neil Gorsuch und Amy Coney Barrett. (Washington, 23. April 2021)

der damit drohte, das Richter-gremium zu vergrössern («court packing»), um den Widerstand gegen seinen New Deal zu brechen. Und es waren kürzlich 27 demokratische Repräsentanten, die gegen zusätzlichen Schutz für die Familien der Richter stimmten, die im Vorfeld des Abtreibungsurteils bedroht wurden.

Zweitens, der Supreme Court kann den politischen Prozess nicht ersetzen – schon gar nicht in Kulturkampfthemen. 1977, vier Jahre nach «Roe», lehnte die Schweizer Stimmbevölkerung die Fristenlösung und damit eine deutlich weniger weit gehende Gesetzgebung ab; 25 Jahre später wurde sie mit rund 70 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Der Weg dahin war für die Verfechterinnen der Fristenlösung beschwerlich.

In den Vereinigten Staaten schloss das höchste Gericht diesen Prozess mit «Roe» kurz, doch die vermeintliche Abkürzung wird Amerikas liberale Kräfte rückblickend noch mehr Zeit kosten: Seit den siebziger Jahren fand zur Abtreibungsfrage keine Debatte, sondern ein Kampf statt, der nicht auf Einigung und Kompromiss, sondern auf Sieg oder Niederlage abzielte.

In anderen grossen Fragen wie jener der Rassentrennung schuf der Supreme Court neue, beständige Verhältnisse. Gerade in Kulturkampfthemen kann er jedoch die politische Auseinandersetzung nicht ersetzen. Dafür wäre an sich der Kongress zuständig. Da er in dieser Frage auf absehbare Zeit handlungsunfähig bleiben dürfte, verlagert sich die Debatte in die Gliedstaaten. In jenen, die mit sogenannten «trigger laws» nun Abtreibungen verbieten werden, widerspiegelt die neue gesetzliche Lage den Wählerwillen – eine unbequeme Tatsache, die in der Berichterstattung oft unerwähnt bleibt.

Wollen progressive Kreise eine nachhaltige Veränderung, gilt es nun, sich damit auseinanderzusetzen. Denn: Auch konservative Gliedstaaten sind divers und für Überraschungen gut, etwa, wenn sie die Anwendbarkeit der Todesstrafe einschränken.

Claudia Franziska Brühwiler lehrt an der Universität St. Gallen Amerika-Studien.

WIR FANGEN DICH AUF

Mit der besten Kunden-Hotline der Schweiz.



Sunrise
Heft 5/2022

www.connect.ch

Testsieger Hotline-Test Mobilfunkanbieter
connect Nr. 5/22.

Sunrise
DREAM BIG. DO BIG.